

Eines der bedeutsamsten Kapitel der Statistik betrifft die Ermittlung der Arbeitszeit. Auch in dieser Beziehung gewährt sie eine Unsumme von Aufklärung. Nachstehend sind die Hauptermittlungen in einer kleinen Tabelle zusammengestellt.

	angegeben haben Druckereien	Stunden arbeiten Druckereien					
		0	9 1/2	10	10 1/2	11	12
Bahern	352	7	25	228	18	59	11
Berlin	181	17	34	127	—	—	—
Bresden	134	6	11	97	10	8	—
Erzg. Vogtl.	167	5	17	89	25	24	4
Hess.-Rheinl.	150	7	10	107	7	16	2
Hamburg-Alt.	141	10	8	120	1	—	—
Hannover	171	6	7	138	14	4	—
Medl. Lübed	54	4	1	41	2	6	—
Mittelrhein	239	7	13	169	19	29	1
Nordwest	81	2	4	70	2	3	—
Oberrhein	104	4	1	64	10	25	—
Oder	153	11	4	102	18	18	—
Osterr.-Lith.	176	7	12	114	21	19	1
Schlesien	47	—	1	36	6	2	2
Polen	30	—	1	22	3	4	—
Westpreußen	506	15	5	378	87	15	1
Württemberg	176	7	11	116	25	13	1
Sachsen	218	1	4	149	22	36	2
Schleswig-H.	108	—	6	90	8	1	—
Westfalen	28	2	5	12	7	1	—
Bayern	189	2	7	111	20	37	8
Verband 1894	3535	125	189	2501	327	320	33
Klimsch 1889	2982	141	147	1386	627	518	26
Verband	+553	-16	+42	+1115	-300	-198	+7

Die Frage nach der Arbeitszeit haben 3535 Druckereien beantwortet. Auf dieselben ist die Dauer der Arbeitszeit nach Maßgabe der aufgeführten Tabellen summen verteilt. Außerdem zerplittern sich 158 Druckereien mit folgenden Arbeitszeiten:

	Stunden arbeiten Druckereien									
	7	8	8 1/2	9 1/4	9 1/2	10 1/4	10 1/2	11 1/2	13	14
Verband 1894	1	10	2	1	6	1	8	5	2	—
Klimsch 1889	2	20	11	11	13	8	21	2	2	2
Verband	-1	-10	-9	-10	-7	-7	-13	+3	—	—

Zur Vergleichung haben wir die verdienstvolle Statistik im Adressbuche des Herrn Klimsch von 1889 wieder herangezogen und wollen uns zunächst zu dieser Gegenüberstellung einige Worte erlauben. Als Vorwurf hierbei dienen hauptsächlich die großen Summenzahlen. Klimsch' Arbeitszeitenstatistik umfasst rund 550 Offizinen weniger als die neue Verbandsstatistik. Die Hauptzahlen beider Statistiken betreffen die

	zehn- stündige	zweizehn- stündige	ein- stündige
Verband	2501	327	320
Klimsch	1386	627	518
Verband	+1115	-300	-198

Da haben wir denn ein hocherfreuliches, ausgezeichnet klappendes Resultat vor Augen. Die zehnstündige Arbeitszeit hat im Jahr 1894 gegenüber Klimsch im Jahr 1889 um 1115 Druckereien zugenommen, von diesen sind ad 1 500 bei Klimsch weniger vertretene Offizinen abzuziehen, bleiben übrig 615 zugenommene Zehnstundendruckereien. Und annähernd dieselbe Zahl ist bei den Zehnundeinhalb- und Elfstundendruckereien abgegangen: nämlich 500! Wer erkennt hierin nicht den Erfolg unsrer Neunstundenbewegung!? Sind wir zwar im allgemeinen leider mit der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit gescheitert, so läßt sich nimmermehr verkennen, daß durch den Kampf rund 500 (mit den fehlenden) bis 1000 Offizinen aus Druckereien mit über zehn Stunden in tarifmäßig zehnstündige umgewandelt wurden! Auf diesen Fortschritt dürfen wir stolz sein und die klare Erkenntnis desselben ist unsrer diesmaligen Statistik zu danken. Und, fragen wir außerdem weiter, mußte die vereinigte Prinzipalität, statt die heroische Bewegung ihrer organisierten Gehilfen zu verunglimpfen und die Kämpfer zu verfolgen, denselben nicht dankbar sein, daß sie die Konkurrenzbedingungen einer so nennenswerten Anzahl bisher illloyaler, tarifwidriger Firmen wenigstens in Beziehung auf die Arbeitszeit auf die Stufe der bisher anständigeren, tariftreuen Druckereien gedrängt haben? Wir sollten meinen!

Von den übrigen Druckereien haben 125 neun- und 189 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Klimsch weist 16 Druckereien mit neunstündiger Arbeitszeit mehr und 42 mit 9 1/2 stündiger Arbeitszeit weniger auf. In dem letztgenannten Unterschied ist ja ohne weiteres der durch die Neunstundenbewegung erzeugene Fortschritt zu erkennen. Aber noch mehr. Die Zahlen des Herrn Klimsch sind aller Wahrscheinlichkeit nach durch die Gewohnheit vieler Herren Prinzipale entstanden, nur die effektive Arbeitszeit ohne Pausen als Arbeitszeit anzusehen und dementsprechend haben sie ihre zehnstündige Arbeitszeit als 9 1/2 stündige usw. Herr Klimsch gemeldet, denn die Druckereien mit geringerer als zehnstündiger Arbeitszeit waren vor der Bewegung in der Praxis bekanntlich so selten zu finden wie weiße Raben; nur Zeitungs- oder sonstige Spezialdruckereien konnten sich derselben ausnahmsweise einmal rühmen, gewöhnliche Werk- und Accidenzdruckereien wohl nie.

Ferner müssen wir abermals die unangenehme Beobachtung machen, daß im Buchdruckergewerbe auch die Arbeitszeit der Bäcker noch vorkommt, 11 1/2, 12, 13 und sogar 14 Stunden! Jedenfalls gibt es noch viel zu bessern im Maße der Arbeitszeit!

Korrespondenzen.

B. Berlin. (Vereinsversammlung vom 27. Februar.) Der Vorsitzende erwähnte zunächst, daß die Kollegen bei Berthheim die Arbeit niedergelegt, weil sie allmählich durch N.-B. erzieht werden sollten. Da die Arbeitszeit jetzt eine günstigere sei, so hätten die Kollegen keine Lust gehabt zu warten, bis sie einzeln entlassen wurden. Infolge fortwährender Klagen seitens der Kollegen habe sich der Vorstand veranlaßt gesehen, mit Herrn W. eine Unterredung herbeizuführen, in welcher dieser ganz eigentümliche Ansichten zu Tage gefördert hätte. Es glaube derselbe z. B. richtig zu handeln, wenn er einzelne Arbeiten mit nur 20 Proz. Lokalzuschlag bezahle. Daß die Verbandsmitglieder durch N.-B. erzieht werden, begründe Herr W. damit, daß voraussichtlich bald wieder gestreift werde; da er bei der letzten Bewegung böse Erfahrungen gemacht habe, so wolle er sich jetzt schon mit solchen Gegnern sichern, die an Streiks nicht teilnehmen. Rassin erklärte Herrn W., daß es nicht eines jeden Prinzipals sei, tarifmäßig zu bezahlen, denn der Tarif sei von Gehilfen und Prinzipalen geschaffen. Von einem Streik sei keine Rede, sollte aber wirklich gestreift werden, dann würde Herr W. gerade mit den N.-B. traurige Erfahrungen machen, denn dieselben würden, wie immer, sich bessere Stellen suchen. Nachdem die Kollegen, da einer von ihnen angeblich wegen Arbeitsmangels wieder aussuchen sollte, aufgehört hatten, wünschte Herr W. eine nochmalige Unterredung, bedauerte dabei, daß das Personal die Arbeit verlassen habe, denn er wäre doch einer der humanen Prinzipale, und erjuchte um Kräfte durch den Arbeitsnachweis unsers Vereins. Der Vorsitzende stellte dies in Aussicht, sofern Herr W. versichere, daß derartige Szenen in Zukunft unterbleiben würden und der Tarif voll und ganz bezahlt werde. Allem Anscheine nach, so setzte der Vorsitzende seiner Mitteilung hinzu, sei in jener Offizin den Verbandsmitgliedern von anderer Seite ein Stein gestellt worden. — Daraus verlas der Vorsitzende ein Schreiben aus Potsdam, woraus ersichtlich, daß die Kollegen in der Buchdruckerei von Hans Erben wegen untarifmäßiger Bezahlung die Arbeit niedergelegt hatten. Vereins nach einer Viertelstunde konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden, denn die Forderungen wurden bewilligt. Es sei dieser Fall ein Zeichen, daß auch die Kollegen in den kleineren Orten von Berlin vorwärts schreiten. — Weiter berichtete Rassin, daß der von ihm bei der Berliner Gewerkschaftskommission gestellte Antrag auf Abänderung im Sammelwesen keine Aussicht auf Annahme habe; die meisten Vertreter hätten sich dagegen erklärt mit der Begründung, daß bei ihren Gewerkschaften die Marken zur Einziehung der Beiträge schon beständen. Rassin erwähnte hierbei, daß von 86 Gewerkschaften nur sieben dicke Beiträge zahlen, während die übrigen durch Marken ihre Beiträge ein sammeln, welche sehr spärlich einkommen. Auch gab derselbe ein klares Bild über die Stärke der einzelnen Organisationen und bemerkte, daß die Buchdrucker nicht nur die höchsten Beiträge zahlten, sondern auch am stärksten organisiert seien. Hierauf endeten die Vereinsmitteilungen mit der Verlesung von 19 Neu- resp. Wiederaufnahmegesuchen. — Es folgte die Fortsetzung der in der letzten Versammlung vertagten Aussprache über die Einführung des gewissen Geldes in den Druckereien der Arbeiterblätter. Zu dem Punkte lagen die in Nr. 27 (Rundschau) bereits vermerkten Resolutionen vor, von welcher die des Vorstandes mit längeren Motiven begleitet war, denen folgender Satz entnommen sei: „Der Zeitlohn, wie er gegenwärtig dem Akkordlohn gegenüber auftritt, hat im allgemeinen das Bestreben, bei geringer Entlohnung möglichst hohe Arbeitspenzen zu erzielen, dient somit zur Verschleierung der Konkurrenz und entspricht daher in seiner Weise dem Interesse der Arbeitnehmer. Anders verhält

es sich mit dem Zeitlohn, welchen die Organisation der deutschen Buchdrucker anstrebt, und welcher darin gipfelt: Allen Berufsangehörigen einen auskömmlichen, den Lebensbedingungen entsprechenden Lohnsatz zu schaffen, die eigenartige Ausbeutung der Arbeiterstrahl des Einzelnen zu verbieten und überhaupt einen Regulator des Arbeitsmarktes zu schaffen. Der Zeitlohn in diesem Sinne bedeutet dem gütigen Tarife gegenüber eine Verteuerung der Produktion, was — um falsche Auslegung zu verhüten — hier ausdrücklich ausgesprochen wird.“ Kollege Bormann spricht sich für die Resolution des Vorstandes (für das Berechnen) aus, Kollege Martini empfiehlt die Resolution Arendsee (Gewißgelde) zur Annahme. Kollege Rindert meint, der Ausdruck „Akfordarbeit“ Mordarbeit“ treffe wohl für andere Gewerbe, aber nicht für die Buchdrucker zu. Beim gewissen Gelde würden lediglich Vorteile für die Unternehmer herauskommen, indem niedrigere Löhne gezahlt werden. In längerer Rede führt Kollege Otto Schmidt die Gründe für Einführung des gewissen Geldes ins Feld. Ganz entschieden weise er den Vorwurf zurück, daß die auf dem Parteitag gewählten Buchdrucker unrecht gehandelt hätten, indem sie für den Antrag des Zeitlohnes stimmten; dieselben seien nicht Vertreter der Buchdrucker gewesen, sondern hätten die Interessen der gesamten Arbeiter zu vertreten und müßten das Prinzip hochhalten. Er könne es nur mit Freuden begrüßen, daß der Anfang damit in den Arbeiterdruckereien gemacht werde. Wenn eingewendet werde, daß der Zeitpunkt noch nicht geeignet sei, so müsse er bemerken, daß andernfalls noch sehr lange gewartet werden müßte, bis ein Vorstoß in dieser Beziehung unternommen werden könnte. Er glaube auch nicht, daß die bürgerlichen Geschäfte jeht dem Beispiele folgen würden, denn wenn sie im Gewißgelde Vorteile erblickten, so hätten sie nicht auf unsern Parteitag gewartet. Man werde sich den Zeitlohn auch erst erkämpfen müssen, freiwillig würden ihn unsere Prinzipale nicht bewilligen. Im weiteren wendet sich der Redner gegen die Sezer des Vorwärts und glaubt als Mitglied der Berliner Preßkommission auf Grund eines Ausspruches des Herrn Bamberger (Geschäftsteilhaber) die Erklärung abgeben zu können, daß das gewisse Geld in der Druckerei des Vorwärts eingeführt werde, trotz Sträubens der Sezer, auch selbst wenn andere Machtvollkommenheiten es zu verhindern suchten. Er schließt mit der Bemerkung, daß der Parteitag und Parteivorstand gesprochen hätten und nun sollten die Sezer ihre Bedingungen stellen. Kollege Sonnenburg, welcher für die Resolution Arendsee eintritt, wendet sich gegen die Ausführungen des Kollegen Döblin und bemerkt, daß der Parteitag keineswegs in die Rechte der Gewerkschaft eingegriffen habe. Derselbe habe nur über die Geschäfte gesprochen wo Parteiliteratur hergestellt werde und da erforderlich es das Prinzip, für Einführung des Zeitlohnes einzutreten. Gerade diese Druckereien hätten die Pflicht, anderen Geschäften mit gutem Beispiele voranzugehen. Er glaube auch nicht, daß in Parteidruckereien der Schwächere irgend einen Schaden erleiden werde, ebenso würden den Kollegen die bisherigen Vorteile erhalten bleiben. Selbstverständlich müßten Opfer gebracht werden, indem der Verdienst um einige Mark herunterginge. Keine Vorteile ohne Opfer. Kollege Eimer tritt den Ausführungen der Kollegen Tübbede und Schmidt entgegen und erklärte gegenüber dem Kollegen Tübbede, welcher von den 60 Mark-Löhnen der Zeitungsezer gesprochen hatte, daß die Vorwärtssezer laut Auszug der Rechnungen im Vorjahre durchschnittlich 41,70 Mk. die Woche verdienten. Wenn die Freunde des gewissen Geldes beweisen wollten, daß bei Bezahlung der bisherigen Löhne auch nur zwei Kollegen von der Strafe kämen, so würde er sich, selbst auf die Gefahr hin, einige persönliche Freiheiten zu verlieren, ebenfalls dafür erwärmen. Kollege Streckert glaubt, daß sich wenig mehr für noch gegen sprechen ließe, nachdem ein Mitglied der Preßkommission die Erklärung abgegeben, daß das gewisse Geld auf Wunsch der Parteileitung eingeführt werde. Kollege Arendsee weist darauf hin, wie die Prinzipale bei der heutigen Berechnungsweise am Preise herumdrücken. Er erblickt im Gewißgelde keinen Schaden für die Organisation; im Gegenteil würde die Kollegialität mehr gepflegt werden. Kollege Teufert tritt ebenfalls für die Resolution Arendsee ein. Es sei endlich Zeit, in dieser Beziehung etwas vorwärts zu kommen, die Gelegenheit sei für uns günstig, weil es sich um Druckereien handle, wo ein Rückgang der Löhne nicht möglich sei. Kollege Döblin bleibt zunächst bei seiner Erklärung, daß der Parteitag mit dieser rein gewerkschaftlichen Angelegenheit nichts zu thun habe. Wenn er in seiner Stellung sich als Gegner dieses Beschlusses zeige, so geschehe es, weil man recht traurige Erfahrungen in dieser Beziehung gemacht habe. Redner verliest ein Schreiben aus Hamburg, worin sich die Kollegen über die Einführung des gewissen Geldes mißliebiger aussprechen. Ebenso könne er mitteilen, daß die Stellungnahme der Berliner Kollegen zu dieser Frage auch in Leipzig mit Freuden begrüßt wurde. Unser Standpunkt sei ein forekter und man sollte den leitenden Personen in dieser Beziehung ebenso Vertrauen entgegenbringen, wie bei allen anderen Gelegenheiten. Sobald wir die Macht hätten, das gewisse Geld in der Weise einzuführen, daß für die Allgemeinheit Vorteile herauskämen, werde unser Eintreten dafür selbstverständlich sein, solange aber eine Schädigung der Gehilfen darin liege, müsse er als Vertreter der Organisation eine Aenderung zurückweisen. Die Kollegen Reitzmann und Gieseck empfehlen die Resolution des Vorstandes zur Annahme, weil dieselbe alles klar-

lege und seiner dadurch geschädigt werde. Kollege Gieckel bemerkte, es müsse in betracht gezogen werden, daß ein großer Teil der Zeitungsetzer alle Kollegen sind, welche bei Einführung des gewissen Geldes durch jüngere Kräfte ersetzt würden. Redner findet, daß das gewisse Geld, wie es heute eingeführt wird, den Charakter des Preisdrückens trägt, indem die vorteilhaftesten Arbeiten ins gewisse Geld gegeben werden. Kollege Rosen meint, daß der Parteilag wohl einen Beschluß im Prinzip herbeigeführt habe, jedoch habe er die praktische Erledigung der Frage sowohl der Organisation als auch der beteiligten Segner überlassen. Im Gegenteile zu Schmidt bemerkt er: wenn die Organisation beschließt, das gewisse Geld solle nicht in der Vorwärtsdruckeri eingeführt werden, dann erhält der nächste Parteilag darüber einen Bericht. Auch teilt Redner mit, daß weder das Geschäft noch die Partei Mehrkosten bei Entstellungen tragen würden. Sollten bei dem 21 Mann starken Personale durch Einführung des gewissen Geldes vier Mehrinstellungen erforderlich sein, so würde der Verdienst um 7 Mk. pro Mann und Woche geringer werden. Redner empfiehlt ebenfalls die Resolution des Vorstandes zur Annahme. Kollege Schall erklärt sich für Einführung des gewissen Geldes und kann es als einen Fortschritt begrüßen, daß dasselbe in den Druckerien der Arbeiterblätter eingeführt wird. Gegen 1 1/2 Uhr morgens, nachdem sich der Saal bis auf die Hälfte geleert hatte, wurde zur Abstimmung geschritten. Die Resolution Arensdie wurde, wie schon berichtet, mit 95 Stimmen angenommen, während die Resolution des Vorstandes 67 Stimmen erhielt.

-nb. Offen, 6. März, Bezirksversammlung. Der Vorsitzende Kirchhausen eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband, in das die von weit über hundert Kollegen besuchte Versammlung begeistert einstimmt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden sei kurz folgendes bemerkt: Der Besuch der Bezirksversammlungen sei ein reger gewesen. Die Agitation von Mund zu Mund habe gute Dienste getan, hätten sich doch rund ein halbes hundert Kollegen unserm Verband angeschlossen. Besonders rühmlich in der Agitation seien die Mitgliedschaften Bochum, Gelsenkirchen und Essen gewesen. Wir könnten mit dem, was das alte Jahr gezeitigt, wohl zufrieden sein; das neue würde sich demselben aufsehend würdig zur Seite stellen, denn bis jetzt wären schon 30 Aufnahmen zu verzeichnen. Auch fange es nach und nach bei den älteren Nichtmitgliedern an zu tagen. — Der Kassierer Frz. Hemmerle verlas alsdann die Jahresstatistik und Abrechnung. Eingetretene sind 37, wieder eingetretene 13, ausgeschiedene 14, ausgetreten 4, zugereist 81, abgereist 107, zum Militär 6 Mitglieder. Arbeitslos 23 Mitglieder 345 Tage; krank 68 Mitglieder 348 Tage; Gemeinnahme I — IV. Quartal 12750,24 Mark; Ausgaben an Konventionsloie am Orte 348, auf der Reise 176,50; an Kranke 2026,05; Jnvalide 750; Verwaltung 230,82; zusammen 3531,37 Mk. Der dritte Punkt der Tagesordnung: Wahl der Delegierten für die Gauversammlung, fand baldige Erledigung, indem die einzelnen Mitgliedschaften beauftragt wurden, die Delegierten in den Kreisversammlungen vorzuschlagen und dann dem Bezirksvorstande bekannt zu geben. Viertes Punkt: Anträge zum Gantag. 1. Falls die Generalversammlung des Verbandes eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ablehne, eine Gauzuschußkasse unter einer Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. ins Leben zu rufen. Dieser Antrag rief eine lebhaftige Debatte hervor. Einerseits wurde ausgeführt, daß unsere jetzige Arbeitslosenunterstützung den Zeitverhältnissen nicht mehr entspreche und es sei darum nötig, im Falle die Generalversammlung sich nicht entschließen könne, dieselbe zu erhöhen, im Gau sich dieser Frage zu widmen. Traurig sei es, daß gerade diejenigen Kollegen, welche feste Prindlen inne hätten, immer in erster Linie gegen eine Erhöhung des Beitrages seien, wovon sie, welche die Mühsere des Lebens kennen gelernt, gern bereit seien, 5 Pf. pro Woche mehr zu opfern. Die event. Neueintretenden würden wegen dieser Kapitalie nicht zurücktreten. Durch Zusammenschluß einiger Gaue würde sich die Frage unbedingt realisieren lassen. Zudem müsse darauf gesehen werden, daß man im Gau Erparnisse mache, welche dem Zwecke der Arbeitslosenunterstützung dienen könnten. Andererseits ging die Meinung dahin, daß dies Thema ja immer diskutabel gewesen. Man müsse jedoch bedenken, daß die Arbeitslosigkeit immer größer werde, weshalb wir von einer Erhöhung der Beiträge zur andern gelangten. Familienväter, welche zum Minimum arbeiten, wären nicht in der Lage, höhere Beiträge als bisher zu leisten; zudem könnten die auf der Reise befindlichen Kollegen nicht an dieser Erhöhung der Unterstützung teilnehmen. 2. Absatz 2 des § 12 im Gausreglement wie folgt zu ändern: Jeder Bezirksverein wählt auf je 40 Mitglieder einen Delegierten, überschüssige 25 und mehr Mitglieder zählen für voll. Bezirke unter 40 Mitgliedern wählen gleichfalls einen Delegierten. Begründung: Der Gantag in Elberfeld im Jahr 1893 kostete 436,50 Mk., während in Essen im Jahr 1894 667,30 Mk. in Summa über 1100 Mk.; hierzu komme in diesem Jahre wieder ein solcher mit mindestens 300 Mk. Kosten. Durch Verringerung der Delegiertenzahl könne von dieser enormen Summe ein großer Teil erparnt und zu besseren Zwecken verwendet werden. Die Anträge wurden fast einstimmig angenommen. Sodann wurden einige Anträge zur Generalversammlung eingebracht und lebhaft diskutiert, welche sodann fast einstimmig zur Annahme gelangten. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Steele

gewählt. Leider kam wiederum eine Angelegenheit zur Sprache, welche in einer Bezirksversammlung nicht angebracht war. Nur dem energischen Einschreiten des Vorsitzenden ist es zu danken, daß die Anwesenden von persönlichen Nebereien verhielten. Die bevorstehende Gau- und Generalversammlung beanspruchen unser Interesse voll und ganz und schon aus diesem Grunde sind die betr. Kollegen gebeten, ihre Angelegenheiten anderswo auszufechten; Bezirksversammlungen sind absolut kein Tummelplatz für persönliche Streitigkeiten.

x. Hannover. Nicht trübe Erfahrungen muß augenblicklich die Arma Gebr. Jäncke mit den von außerhalb unter dem Signum „N.-R.“ bezogenen Kunstfrühen machen, welche jetzt, an Stelle der langjährig im Geschäft thätigen und brauchbaren, aber wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband entlassenen Kollegen die Hofbuchdruckeri bevölkern. Wer zählt die Vöcker, nennt die Namen, kann man hier mit dem Dichter ausrufen. Die Quantität muß die Qualität erregen und das Geschäft gleicht jetzt so ziemlich einem Taubenschlage. Zwischen Anfängen und Aufhören liegt mitunter eine sehr kurze Zeit. Hier einige Proben von der Leistungsfähigkeit der „Importierten“: Ein „Maschinenmeister“ (?) druckt mit solem Cylinder, bei einem andern steigt beim Druck eine Walze hinaus usw.; ein Segner (Berliner Gutsenbergbändler), der in zwei Tagen die Arbeit einiger Stunden vollbringt, aber sehr fürs „Weitige“ schwärmt, baut einem andern Bündler in aller Freundschaft „eine runter“ und wird darauf (weil total betrunken) auf Veranlassung des schneidigen Herrn Mietling durch zwei Heizer an die frische Luft befördert. — Herr M. äußerte im vorigen Herbst gelegentlich der pöhlischen Entlassung einiger Kollegen, er wolle Ruhe im Hause haben und sich schon solche verschaffen; vorstehende Skizzierung einiger Hausreißer diene als Illustration der sich verschafften Ruhe. Mag der Herr Oberfaktor sich bei den feigen Demunzianten, denen er immer Gehör geschenkt, bedanken; es wird ihm nun wohl klar sein, wer Unruhe im Geschäft hervorgebracht hat. Zum Schluß noch etwas vom „Herrn im Hause“: Kommt da ein Segnerlein vom Militär und wendet sich, da länger konditionlos, an den Herrn Kommerzienrat. Nachdem er auf seine Ueberzeugung geprüft und vor sozialdemokratischen Bestrebungen (hu!) gewarnt, bekam der junge Mann Stellung. Was bezweckt der liberale Herr mit solcher Methode: er erzieht sich Heuchler und entlockt denken Menschen ein mitleidiges Lächeln. Würde der Herr J. doch endlich einsehen, daß es besser für sein Geschäft ist, mit der organisierten Gehilfenschaft auf gutem Fuße zu leben, denn solche, einer Hofbuchdruckeri unwürdige Zustände waren früher einfach unmöglich.

Sarburg. In der letzten Mitgliederversammlung referierte unser Vorsitzender über die Verhältnisse in den hiesigen Druckerien und geteilte in scharfen Worten die Lehrlingszählerei. Es beschäftigten: Lühmann (Kreisblatt) 1 Faktor, 13 Seper, 1 Maschinenmeister, 7 Lehrlinge. Bezahlung mit einer Ausnahme über Minimum. Zehnstündige Arbeitszeit. Weber (Volksblatt) 7 Seper, 1 Maschinenmeister, 2 Lehrlinge. Bezahlung tarifmäßig. Arbeitszeit zehnstündig. Dahltrupp 1 Seper, 1 Schweizerdegen, 1 Drucker. Bezahlung unter Minimum. Arbeitszeit 10 Stunden. Martgraf 1 Seper zum Minimum. Arbeitszeit 10 Stunden. Woltermann & Henne, Musterinstitut, beschäftigt 1 Faktor, zugleich zeichnender Redakteur und Seper, 2 Gehilfen und 8 Lehrlinge, zu denen wahrscheinlich Ostern noch 2 hinzukommen. Bezahlung tarifmäßig. Arbeitszeit zehnstündig, kann jedoch nach Belieben ausgedehnt werden. Die Lehrlinge erhielten früher 6 Mk. pro Woche, wofür sie eine bestimmte Anzahl Zeilen liefern mußten. Für je 100 Zeilen Mehrleistung bekamen sie 88 Pf. Sie fanden also im Berechnen. Man kann sich leicht denken, was unter solchen Verhältnissen die armen Lehrlinge lernen. Haben dieselben ausgereit, so werden sie „gegangen“, denn dann kommen „jüngere Kräfte an die Reihe“. Und dieser Prinzipal nannte sich früher „Arbeiterfreund“, was ihm leider auch lange genug geglaubt wurde. — In der Versammlung geistete ferner der Vorsitzende den lauen Besuch der Versammlungen. Von den Mitgliedern sind gewöhnlich nur die Hälfte anwesend, die übrigen denken gewiß, daß sie, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, ihren Pflichten genügt haben; dies ist nicht der Fall, gerade durch den regen Besuch der Versammlungen wird den Kollegen Gelegenheit gegeben, sich über die Hauptfragen zu unterhalten und dadurch der Verbesserung unserer Lage näher zu treten.

Rundschau.

Buchdruckeri und Verbands.

Gewerbegerichtliches. Gegen die Buchdruckeri Golb (Arendt) in Berlin klagt der Buchdrucker D. auf 30 Mk. Lohnentschädigung wegen fünfjährigen Entlassung. Beklagter wendet gegen diese Forderung ein, daß er den Beklagten entlassen hat, weil dieser sich weigerte, Ueberstunden zu machen; auch sei Kläger ordnungsmäßig gekündigt. Das Gericht entschied dahin, daß eine Verweigerung von Ueberstunden keine beherrschende Arbeitsverweigerung im Sinne des § 123 der Gewerbeordnung sei und somit auch kein Grund zu sofortiger Entlassung. Es wurde dem Klageantrage gemäß erkannt. Aus der Urteilsbegründung ist hervorzuheben: Die zwei sadverständigen Beisitzer (Maurer und Höppler) seien darin einig, daß Ueberstundenverweigerung eine Verweigerung der Arbeit im Sinne der Gewerbeordnung nicht bedeute. Außerdem existiere ein Gutachten des Ausschusses des Berliner Ge-

werberichtes (seinerzeit vom Landgerichte Bernau eingefordert), welches in dem gleichen Sinne laute. — Gegen den Buchbinder (und Buchdruckermeister) Kleist klagt der „Faktor“ G. auf vierzehntägige Lohnentschädigung wegen fünfjährigen Entlassung im Betrage von 42 Mk. Der Beklagte wendet ein, daß der Kläger in seiner Druckeri Druckaufträge für eigene Rechnung hergestellt und die Erträge in seinem Nutzen verwandt habe, auch habe derselbe die vorgelegten Geschäftsbücher (ein Buch ohne Seitenzahlen und jeden sonstigen Anhalt) nicht ordnungsmäßig geführt. Zur Zeugenschaft trat das gesamte damalige „Personale“, bestehend in zwei Lehrlingen und Dienstmädchen des „Faktors“, auf, welches in die verworrene Angelegenheit auch keine Aufklärung brachte. Die letztere Zeugin (Dienstmädchen) bekundete u. a. auf die Frage des Vorliegenden, wer die Preise für die Druckfahnen gemacht habe und wer zur Annahme der Aufträge berechtigt war, mit einer Handbewegung nach den Lehrlingen: Preise haben wir alle gemacht, wer gerade da war. Es wurde, da Kläger einen Eid, daß er für im Geschäft bereitgestellte Arbeiten erhaltene Beträge nicht für sich verwandt, nicht schwören wollte, ein Vergleich auf 21 Mk. geschlossen.

Die Influenza belästigt zur Zeit wieder arg unsere Kollegen und die — Verbandskassie. Berlin weist 200 kranke Mitglieder auf, Stuttgart 90 oder zehn Prozent! Mächte der tödliche Gast bald verschwinden.

Lichtdrucker werden als Streikbrecher nach Wien von Agenten in Berlin, Leipzig, Dresden und München gesucht. In einigen Wiener Firmen stehen die Lichtdrucker für kürzere Arbeitszeit aus. Zuzug fernhalten!

Der schon wegen Betrugs und Unterschlagung bestraft Schriftsetzer Karl Friedrich Richter aus Halle erbrach in Leipzig einen Koffer und entnahm daraus Wäsche im Werte von 20 bis 25 Mk. Das Landgericht billigte ihm mildere Umstände zu und erkannte auf 5 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust.

Der Buchbinder Adolf Wöllmer in Magdeburg hat als Kassierer des Buchbindervereins 252 Mark veruntreut und verjubelt. Er wurde zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der preussische Minister hat die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen, daß dem Ausrufen und Zeilbieten anstößiger Schriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen in geeigneten Fällen durch eine strafrechtliche Verfolgung auf grund der Bestimmungen der §§ 42a, 43, 56 Ziffer 10 und 148 Ziffer 5 der Gewerbeordnung entgegengetreten werden kann. § 42a schließt Gegenstände, welche von dem Ausrufen oder Zeilbieten im Umherziehen ausgeschlossen sind, auch von dem Straßenverkauf aus, § 43 macht die gewerbsmäßige Verbreitung von Druckschriften von der Erlaubnis der Ortspolizeibehörde abhängig, § 56 schließt Druckschriften, insofern sie in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergernis zu geben geeignet sind, von dem Verkauf im Umherziehen aus, § 148 handelt von dem event. Mißbrauche der Legitimationkarte für Kolporteurs. Das genügt unsers Erachtens vollständig, die Verfügung hat also wohl nur den Zweck, diese Gesetzesbestimmungen möglichst auszudehnen resp. den Polizeibehörden an die Hand zu geben, den Begriff „anstößig“ nicht zu eng zu begrenzen.

Die Seydlitzsche Geographie (Verlag von Hirt & Sohn in Leipzig) hat eine Absatzziffer von einer Million Exemplaren erreicht.

Verurteilt wurde der Redakteur Klüh von der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung zu drei Monaten Gefängnis wegen Verleumdung des Kommandeurs des Panzerregiments Friedrich der Große. Der Artikel war dem Hamburger Echo entnommen und enthielt aus der Feder eines Maschinenisten, der zur Uebung auf besagtes Schiff kommandiert war, eine Schilderung eigener Erlebnisse und was er sonst von Kameraden gehört hatte. Unregelmäßigkeiten — meinte der Staatsanwalt — könnten in der Marine ebenföglig vorkommen wie in der Armee, dagegen gäbe es aber das Beschwerderecht.

Für einen österreichischen Normaltarif hat sich auch der Verband deutscher Buch- und Stein-druckermeister für Böhmen in einer Versammlung, die am 3. März in Aulitz stattfand, ausgesprochen.

In Sophia sind gegen 100 Buchdrucker und Stein-drucker ausgesperrt worden, um eine Aufbesserung der Löhne, wie sie von einigen Druckerien schon bewilligt worden waren, zu hintertreiben.

Die Typographische Gesellschaft in Leeds, welche 717 Mitglieder zählt, vereinnahmte im Jahr 1894 1221 Pf. Sterl. 10 Sh. 6 P.; die Ausgaben beliefen sich auf 1007 Pf. Sterl. 6 Sh. 9 P. Davon wurden an Arbeitsloie 465 Pf. Sterl. 6 Sh. 9 P., an Kranke 174 Pf. Sterl. 12 Sh. 10 P. und an Streikfelder 202 Pf. Sterl. 15 Sh. 5 P. verausgabt. Diese Organisation schloß sich erst kürzlich der Provinz-Association an nachdem sie fast 80 Jahre einen selbständigen Charakter einnahm und erfolgreich für bessere Lebensbedingungen kämpfte. Zur Zeit veröffentlicht die Gesellschaft in ihrem Vereinsorgan die Namen ihrer Mitglieder und zugleich auch diejenigen Druckfirmen, in welchen der Tarif anerkannt ist. In Leeds sind es demnach 58 Tarifdruckerien; in Wakefield 7, in Castleford 4, in Bramley 1, in Worley 1 und in Teadon 1; zusammen 72 Offizinen, wo die Verhältnisse für die Gehilfenschaft „günstig“ zu nennen sind. Begründet wurde die Typographical Society Leeds im Jahre 1810 und ist somit eine der ältesten Organisationen Englands. Während ihres Bestehens wurden in einem so kurzen Zeitraum noch niemals so große Summen für Arbeitslosenunterstützung verausgabt.

